

Dringlichkeits-Antrag der Fraktion DIE LINKE

Mehreinnahmen aus Zensus-Ergebnissen für nachhaltige Verbesserungen in Bildung, Jugend und Soziales einsetzen

Durch die Ergebnisse des Zensus 2011 werden dem Land Bremen Mehreinnahmen in Höhe von ca. 15 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stehen. Ursache ist, dass die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik niedriger ist als vermutet, in Bremen aber die Differenz unterdurchschnittlich gering ist. Die Einnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich, für die maßgeblich die Einwohnerzahl ist, erhöhen sich dadurch dauerhaft. Ebenfalls wird es eine Nachzahlung geben.

Die Mehreinnahmen bieten die Möglichkeit, einige besonders dringende Finanzbedarfe auszufinanzieren. Vorgeschlagen werden Punkte, bei denen sich mit relativ geringen Summen wichtige Verbesserungen in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung, Ausbildung, Familie erreichen lassen. Die Verwendung der dauerhaften Mehreinnahmen aus dem Zensus 2011 für diese Punkte ist auch deshalb sinnvoll, weil es sich um zuzugsrelevante Aspekte handelt: Betreuung, Bildungschancen und soziale Stadtteilqualität sind wichtige Kriterien für die Standortwahl junger Familien – und damit ein Beitrag zu einer positiven Entwicklung der Einwohnerzahl und damit auch der Landesfinanzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Haushaltsentwürfe dahingehend zu überarbeiten, dass ein Programm zur Abdeckung dringender Bedarfe in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung, Ausbildung, Familie eingearbeitet wird. Die Mehreinnahmen aus dem Zensus 2011 sollen dafür verwendet werden.
2. Das Programm soll folgende Punkte umfassen:
 - Anhebung der Mittel für die stadtteilbezogene Jugendarbeit um 2 Mio.
 - Übernahme der 50 SchulsozialarbeiterInnen-Stellen, die bisher aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden (ca. 2,5 Mio.)
 - Einrichtung von 20 zusätzlichen Hortgruppen (ca. 0,8 Mio.)
 - Einführung eines Sockelbetrages von 250 Euro/Monat für Tagesmütter (ca. 1 Mio.)
 - Kostenlose Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen in Anlehnung an das Berliner Modell (ca. 0,5 Mio.)
 - Wiederaufnahme des Ausbaus der Ganztagschulen (ca. 3,0 Mio.)
 - Einführung einer Ausbildungsplatzförderung für 500 zusätzliche Ausbildungsplätze für hier wohnhafte Jugendliche (ca. 1,8 Mio.)
 - Übernahme von 50 Stellen bei sozialen Stadtteilprojekten in institutionelle Förderung (ca. 2,5 Mio.)
 - Bedarfsgerechte Aufstockung der Zuwendungen für Frauen- und Mädchenprojekte (ca. 0,7 Mio.)
 - Erhalt der Zuwendungen für das Rat&Tat-Zentrum und die Träger der Drogenhilfe auf bisheriger Höhe (ca. 0,3 Mio.)

3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft seine Planungen transparent zu machen, wie die zusätzlichen Mittel für 2013 sowie die Nachzahlung im laufenden Haushaltsjahr verwendet werden sollen.
4. Der Senat wird aufgefordert, keine rückwirkende Nachberechnung im kommunalen Ausgleich zu Ungunsten Bremerhavens vorzunehmen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE